

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 5

Artikel: Zwanzig Jahre UdSSR ohne (?) Stalin
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095071>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Insofern unter Sozialisten jeder Anflug von Wohlstand als *bourgeois* verpönt sein muss, ist Maos Doktrin von der «allgemeinen Armut» eigentlich logisch, wie auch die Kampagne gegen die Intelligenz, die «verbürgerlicht» war. Die Machtverhältnisse lassen sich aber — wie in der Sowjetunion — nur dank dem Terrorregime aufrechterhalten; dazu gehört der Einsatz auch des demagogischen Arsenal: Predigt der Prinzipien der Gleichschaltung, schärfste Zensur und Informationssperre zur Aussenwelt.

Als Legende zu diesem Bild bietet sich ein chinesisches Sprichwort an: «Die Gefängnisse sind immer verschlossen, dabei aber überfüllt. Die Tempel sind immer offen und dabei leer.» Heute sind sie zweckentfremdet, was auf das gleiche herauskommt.

Die UdSSR fürchtet China ungeachtet des Armutsslogans gerade auch deshalb, weil ihr Konkurrent die Industrialisierung auch ohne weitere Sowjethilfe voranbringt. Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Japan, England, Schweden haben in den sechziger Jahren in China über dreissig chemische Fabriken,

fünfundzwanzig metallurgische und Maschinenbauwerke sowie Erdölraffinerien, Papier-Zellulose-Werke und andere Objekte erstellt.

Man ist in der sowjetischen Bevölkerung doppelt skeptisch über Breschnews Versuche, mit dem Brudervolk im Osten wieder *freundschaftliche* Beziehungen herzustellen, und räumt ihm auch nach Lin Piaos Fall und der jüngsten Säuberung keine grossen Chancen ein — höchstens der Tod von Mao könnte das Klima verändern.

Schöne Aussichten im Inland

Schliesslich sind die Kontakte auch mit den anderen Ländern alles andere als gut. Das wundert den Sowjetbürger nicht weiter: Wenn man sich's überlegt, zeigt sich da meist die gesunde Reaktion auf die Moskauer Machtpolitik. Mit Europa ist ein «schlechter» Friede erreicht worden — besser als ein «guter» Krieg. Den europäischen Führern sind natürlich die wahren Absichten der Sowjetführer bekannt (unterstellt man unter den Oppositionellen in der UdSSR).

«Zwischen dem äusseren und dem inneren Schicksal des Landes», schreibt der exilrussische

Publizist E. Garanin in seiner Arbeit «Die sowjetische Aussenpolitik», «besteht ein unlöslicher Zusammenhang. Die Verbesserung der Beziehungen zu den USA führte nicht zur Milderung des politischen Klimas im Inland. Im Gegenteil, die Verfolgung der Andersdenkenden wurde verschärft, eine neue Welle ideologischen Drucks nahm ihren Anfang. Dieser Widerspruch zwischen der Richtung der Aussenpolitik und jener der Innenpolitik ist recht bedeutsam. Er zeigt, dass die heutigen sowjetischen Führer unfähig sind, die Forderungen der Zeit zu verstehen... Indem sie die Vorschläge der gemässigten demokratischen Opposition ablehnen, untergraben sie gerade die schwankenden Grundlagen des neuen Kurses der sowjetischen Aussenpolitik.»

Wir — und die Menschen jenseits des Vorhangs — werden vielleicht bald mehr über die Möglichkeit des freien Meinungs- und Ideenaustausches hören. Wie schön wäre es, wenn wir uns zusammen darüber unterhalten könnten... Zu schön, um (jetzt) wahr zu sein. ■

Zwanzig Jahre UdSSR ohne (?) Stalin

Von Laszlo Revesz

Vor zwanzig Jahren, am 5. März 1953, starb Stalin, und damit begann eine abwechslungsreiche Innen- und Aussenpolitik des Sowjetstaates; beide folgten zunächst einer ausgesprochenen Zickzacklinie, welche jedoch heute in vielen Einzelheiten eine Rückkehr zur Stalinschen Zeit zeigt.

Unterschiedliche Epigonen

Das sowjetische Perpetuum mobile wirkte erst nach Stalins Tod mit erstaunlicher Stärke auf alle Gebiete des Lebens sowohl in der UdSSR als auch in den Satellitenstaaten und verursachte unaufhörliche Purzelbäume. Anstelle einer relativ beständigen Generallinie der Innen- und Aussenpolitik trat die Periode der totalen Unsicherheit, des Durcheinanders, der Reformen und Gegenreformen, der Liberalisierung und des Rückfalls in die rücksichtslose Diktatur, der Zentralisierung und Rezentralisierung, der Einengung der Machtbefugnisse der Partei und der Ausdehnung ihrer Kompetenzen, der Erweiterung und bald nachher die erneute Reduzierung der privaten Sphäre des Einzelnen, der kollektiven Führung und der Einzeldiktatur bzw. des Duumvirats, der Ausdehnung und der erneuerten Einschränkung der «Autonomie» der kleineren Wirtschaftseinheiten.

Den zwei — wenn auch negativen — Riesen gestalten der Sowjetgeschichte folgten Epigone ohne Talent, ohne Popularität (mit der Ausnahme Chruschtschews zwischen 1958 und 1962), ohne die zur Führung eines riesigen Staats- und Parteimechanismus notwendigen Kenntnisse, aber mit riesigem Ehrgeiz. Anstelle des grausamen oder mindestens groben und sehr oft offenen Vorgehens von Stalin kam die Taktik einer sowohl für Freunde als auch für Feinde unzuverlässigen politischen Führung.

Chruschtschew hatte nicht die notwendige Macht, die «partei feindliche Gruppe» Malenkows, Molotows und Kaganowitschs nach seiner

Niederlage auf der Sitzung des ZK-Präsidiums (Politbüros) Mitte Juni 1957 physisch zu liquidieren; so wandte er «konstitutionelle» Mittel an: er liess seine Anhänger an das sofort einberufene ZK-Plenum fliegen und jene der Gegner am Erscheinen hindern, wodurch er diese Gruppe ihrer Macht ein für allemal berauben konnte. Einige Monate später, im Oktober 1957, schickte er seinen Retter, Verteidigungsminister und Marschall Schukow, den sowjetischen Napoleon, den Sieger über die Hitler-Armee, nach Albanien und Jugoslawien, und während dieser dort feierliche Versprechen machte, die Sowjetunion werde sie als echte Verbündete und gleichberechtigte Partner behandeln, liess er ihn zu Hause seines Postens berauben. Sieben Jahre später wurde auch ihm genau dasselbe Schicksal zuteil: seine Günstlinge, die ihre Karriere ausschliesslich ihm zu danken hatten, Breschnew, Kossygin und Gefährten, stürzten ihn in Moskau während seiner Erholungsabwesenheit.

Warum eine echte Entstalinisierung keine Chance hatte

Die von Chruschtschew im Februar 1956 auf dem 20. Parteikongress gemachten Enthüllungen über Stalins Grausamkeiten verblieben ohne praktische Auswirkung, wenn man von einer grossen Anzahl von post mortem Rehabilitationen der in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre ermordeten Partei- und Staatsführer absieht. Die echte Entstalinisierung konnte — im Gegensatz zu einigen Satellitenstaaten — nicht stattfinden, schon weil die neuen Machthaber an

Stalins Grausamkeiten selber beteiligt gewesen waren. Der einzige Kopf, der fallen musste, war jener von Berija, dem allmächtigen Innenminister und Chef der Staatssicherheit.

Die in der Stalin-Aera aufgewachsene neue Führungsschicht lässt die Zügel für keinen Moment aus der Hand, und seit 1953 ist es für einen Homo novus kaum möglich, in die erste Garnitur emporzusteigen. Dieses unvorstellbar hartnäckige Beharren auf den Machtpositionen hat die Vergreisung der Führung zur Folge.

Chruschtschews Versuch 1961, auf dem 22. Parteikongress, neue Kräfte in die Staats- und Parteiführung einzuschalten, die alte Generation durch fähige junge Leute zu ersetzen, musste bald völlig scheitern. Er sah ein, dass er sich bei der Durchführung seiner Reformideen ausschliesslich auf neue Kräfte stützen konnte, dass die alte Generation der Stalin-Aera ihm die provisorische Abkehr von der Stalinschen Linie in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft niemals verzeihen werde. Deshalb wollte er sich auf die akademische Jugend stützen. Sein Parteistatut vom 31. Oktober 1961 sah die maximale Dauer der Bekleidung der verschiedenen Posten (eine Ausnahme wurde lediglich «unter Berücksichtigung besonderer Verdienste» erlaubt), eine «Rotation der Kader», vor; die Trojka von Breschnew, Kossygin und Podgornj liess 1966 unter Berufung auf die Notwendigkeit der Kontinuität der Leitung die konkreten Zeitgrenzen fallen und hat lediglich das Prinzip der Rotation beibehalten. Dieses wurde jedoch ohne konkreten Inhalt auf allen Ebenen ausgespielt und missachtet.

Von der «neuen Klasse» zum «neuen Adel»

Während Stalin dafür sorgte, dass eine neue Klasse sich nicht stabilisieren konnte — er liess jeden liquidieren, der verdächtigt wurde, eine eigene Machtstellung im Partei- oder Staatsapparat auszubauen —, war nach 1957, nach der Entmachtung der «partei feindlichen Gruppe» und deren Anhänger, die parteirechtliche und praktische Möglichkeit zur Entstehung einer neuen Klasse oder sogar eines neuen Adels gege-

Die politische Meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

In der Nummer 146, der ersten Ausgabe unserer Zeitschrift im Jahre 1973, untersuchen profilierte Sachkenner unter dem Stichwort

«Die Sozialismen»

eine Perspektive unserer Zeit:

Von Stalin zu Breschnew
Die Konzeption der Neuen Linken
Tito – oder das jugoslawische Modell
Der Sozialismus der Kirche
Demokratischer Sozialismus – was ist das?

Dr. Kurt Marko
Bernd Guggenberger
Dr. Carl Gustaf Ströhm
Prof. D. Dr. Wilh. Weber
Ludolf Herrmann

Ausserdem schreiben im FORUM der «Politischen Meinung» zum Thema:

«Nachdenken über den 19. November 1972»

Dr. Rüdiger Altmann, Jens Hacker, Dr. Paul Köhl, Dr. Alois Rummel, Reginald Steed, Theodor v. Mutius, Dr. Anton Böhm, Dr. Klaus Roemer, Dr. Karl Willy Beer.

Herausgeber: Dr. Bruno Heck
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
für politische Bildung und Studienförderung
e. V.

Chefredaktor: Dr. Karl Willy Beer

Umfang 104 Seiten, Preis 3,50 DM, 6 Hefte im Jahresabonnement 18,- DM,
für Schüler und Studenten bei Vorlage einer Studienbescheinigung 12,- DM
(inkl. MWSt., zuzüglich Versandkosten).

Eichholz-Verlag GmbH D-53 Bonn
Postfach 458

ben. Artikel 12 des geltenden Parteistatutes, der «inneren Staatsverfassung», garantiert den Parteiangehörigen die strafrechtliche Immunität («Begeht ein Kommunist eine strafbare Handlung, so wird er aus der Partei ausgeschlossen und vor Gericht gestellt», — wird er nicht ausgeschlossen, sondern lediglich verwahrt oder wird ihm eine andere Parteistrafe verhängt, so sind Justiz und Staatsanwaltschaft machtlos). Artikel 2/h derselben Verfassung sichert dem «leitenden Kern von Staat und Gesellschaft», der Partei, das Monopol auf die Kaderpolitik zu. Das unter Stalin 1946 eingeführte System der Nomenklaturposten, bei welchem jedes Parteikomitee vom Bezirk bis zum ZK eine Liste der nur auf seine Empfehlung hin bekleidbaren Posten und die Liste der «Reserven von Nomenklaturfunktionären» hat, wurde genauso stark ausgebaut wie unter den Zaren die Rangtabellen des

Adels. Die adelige Familie hatte ihren festen Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie, und heute wird auch für eine breitere neuadlige Schicht ein mehr oder weniger gesicherter Platz in der sozialistisch-bolschewistischen Gesellschafts- und Staatshierarchie gewährleistet. Paargenossenschaftlichkeit und Rangtabellen verleihen der Nachstalinischen Sowjetgesellschaft eine Art neofeudalen Charakters.

Der mächtigste kapitalistische Staat

Seit 1962/63 bekommt die «sozialistische» Wirtschaftsordnung einen zunehmenden staatskapitalistischen Charakter, und dies unter dem Vorwand der «Umwandlung des kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen Eigentums ins Eigentum des gesamten Volkes», d. h. ins Staatseigentum. Die Kolchosen werden z. T. in Sowchosen, d. h. in Staatsgütern umgewandelt, was um so mehr möglich ist, als der Boden, den die

Kolchosen bestellen, seit Ende 1917 Staatseigentum ist und ihnen lediglich zur Nutzung überlassen bleibt. Auch die Spuren der in den dreissiger und vierziger Jahren noch weit verbreiteten Handwerker-genossenschaften kann man kaum mehr auffinden, da auch diese in den staatlichen Sektor aufgingen. Die Volkszählung 1959 wies noch etwa 280 000 private Existenzen — meistens Einzelbauern und einige private Handwerker — aus; seit 1963 verschwand diese Rubrik aus den statistischen Jahrbüchern. Heute kann man ohne Uebertreibung behaupten, dass die UdSSR der mächtigste kapitalistische Staat ist, welcher nicht nur Eigentümer der Produktionsmittel, sondern der beinahe alleinige Arbeitgeber, Richter und Polizist ist, welchem der Arbeitnehmer restlos ausgeliefert wird. Die propagandistisch aufgeblasene «Mitbestimmung» der Arbeitnehmer ist lediglich ein weiteres Kontrollmittel der Partei und hat mit den vorrevolutionären Betriebs- und Produktionskomitees nicht das geringste zu tun.

Das Spannungsverhältnis zwischen Ausbildungs- und Nomenklaturhierarchie

Eine weitere, diesmal positive gradlinige Entwicklung zeigt die Schul- und Wissenschaftspolitik. Die Zahl der Studierenden sowie der Anteil der Intellektuellen in der Gesellschaft sind im ständigen und rapiden Anstieg begriffen. Die mehr als 750 Hochschulen «produzieren» die neue «Volksintelligenz» in grossem Tempo; jährlich 4,3 bis 4,5 Millionen Studenten und 1 bis 1,2 Millionen Hochschulabsolventen! Das Nomenklatursystem versperrt diesen Leuten jedoch den Weg zum Aufstieg; sie müssen sich hinter den «praktischen Fachleuten» ohne allgemeine und Fachbildung mit zweit- und dritrangigen Posten zufriedengeben. Sie kommen in die Partei, welche stufenweise zur Interessengemeinschaft der Bürokraten-Technokraten wird und Arbeiter/Bauern nur aufnimmt, um die «soziale Struktur der Partei nicht verschlechtern zu lassen». In der Nomenklatur gibt es aber für sie kaum oder nur für eine kleine Schicht Platz.

Die intellektuelle Klasse zwischen Opposition und «Opposition»

Deshalb entsteht eine z. T. auch mit den Generationsproblemen zusammenhängende oppositionelle intellektuelle «Klasse», deren Rahmen immer grösser wird. Sie fühlt sich betrogen, durch politisierende Bürokraten unwürdig in den Hintergrund gedrängt. Das unter Chruschtschew zugelassene und seitdem nicht völlig beseitigte *ius murmurandi* kann sie für die Verbreitung einer vorsichtig gesteuerten, nichtorganisierten oppositionellen Grundhaltung ausnützen. Sie glaubt nicht mehr an die weiterlösenden ewigen Wahrheiten und universalen Gesetzmässigkeiten der neuen Religion, des Marxismus-Leninismus; sie sucht nur eines: besser leben, mit möglichst weniger Arbeit viel verdienen, von der Gemeinschaft soviel wie möglich nehmen und ihr möglichst wenig geben. Die Generation der 35- bis 55jährigen Intellektuellen beschimpft aber auch die jüngere, welche oft nicht einmal an der Parteimitgliedschaft interessiert ist, welche — wie sie sagt — mit langen Haaren und Bärten herumläuft, nach den Städten heute schon auch das Land überflutet. Beide älteren Schichten werfen ihr die Nachahmung kapitalistisch-bürgerlicher Sitten und Gewohnheiten (nach Marxismus-Leninismus sind Form und Inhalt aufeinander abgestimmt; kapitalistische Aeusser-

lichkeit verrät also kapitalistische Denkart), Neigung für Anarchie, Disziplinlosigkeit, Gering-schätzung aller Werte der sozialistischen Vergangen-heit und Gegenwart vor.

Zurück zur ideologisch-militärischen Erziehung

Das Regime sieht diese Gefahr und will sie auf zwei Wegen bekämpfen: durch ideologisch-politi-sche Ueberzeugung und durch administrative Massnahmen. Mitte der sechziger Jahre hat man Chruschtschew vorgeworfen, er habe sich aus-schliesslich um Administration und Wirtschaft gekümmert und die Erziehung der Staatsbürger vernachlässigt. Jetzt wurde also der Unterricht «ideologisiert» und politisiert. Auf Hochschul-ebene gibt es heute folgende ideologische Diszi-plinen: Marxismus-Leninismus, wissenschaftlicher Kommunismus, Parteigeschichte und wis-senschaftlicher Atheismus.

Mit riesigem Einsatz werden die militärpatrioti-sche Erziehung und vormilitärische Ausbildung vorangetrieben, einerseits um durch die 1967 auf zwei bzw. drei Jahre reduzierte aktive Dienstzeit zu ersetzen, andererseits um in die undisziplinierte Masse der Jugend Organisation, Disziplin und Ideale hineinzubringen. Die Worte des kürzlich verstorbenen grossen ungarischen Schriftstellers, des Populisten Peter Veress, gelten auch für die UdSSR: «Wir haben das Bild Gottes vom Him-mel abgewischt, waren aber ausserstande, einen neuen Gott und neue Ideale zu geben.» Seit 1967 gilt jedes Mädchen und jeder Knabe über fünfzehn Jahren als Vordienstrekruit und unter-steht während der vormilitärischen Ausbildung den Militärgesetzen. In Schule, in der Armee und in der vormilitärischen Ausbildung, in der Sport- und besonders der Sportbewegung wird ein Ideal vergöttert: der Patriotismus oder, wie man sagt, der Sowjetpatriotismus, die Vater-landsliebe.

Für beinahe 40 Prozent der Sowjetbevölkerung wird aber der Begriff «Vaterland» immer fragli-cher: Handelt es sich um ein sowjetisches oder russisches Vaterland? In der Zeit des brutalen Stalinschen Terrors und der blutigen Repressa-lien spürten sich Russen und Nichtrussen beinahe gleichartig unterdrückt und sahen im Regime den gemeinsamen Feind. Heute ist es nicht mehr so, und die lettischen, moldauisch-rumänischen, georgischen, kasachischen oder tatarischen His-toriker und Schriftsteller können nicht begrei-fen, warum sie als ihre Nationalhelden lediglich jene feiern dürfen, welche für den Anschluss an das Zarenreich kämpften, warum sie der «Ideali-sierung der Vergangenheit» angeschuldigt und als Nationalisten angeprangert werden, wenn sie auch die Organisatoren der «nationalen Wider-standsbewegung» ihrer Völker gegen das Zaren-land als Patrioten und nationale Helden ausru-fen! Unter Chruschtschew, in der Zeit der höch-ten liberalen Wellen, wurden lediglich die na-tionalen Führer des 1916er Aufstandes in Zen-tralrasien nach langer und erbitterter Diskussion in Historikerkreisen als nationale Ideale, als po-sitive Helden auch oben akzeptiert. Seit Chruschtschews Sturz fehlt jedoch jegliche Mei-nungsausserung in dieser Beziehung.

*

Während man auf sozialem Gebiet eine, wenn auch beschränkte gradlinige Entwicklung findet — statt einer sozialistischen eine neofeudale Li-nie —, zeigt das sowjetische Perpetuum mobile auf anderen Gebieten erhebliche Aenderungen.

Aussenpolitik

Nach der starren Stagnation und Immobilität der Stalinschen Zeit kam eine elastische und ziemlich geschickt gesteuerte offensive Linie: die «friedliche Koexistenz» als möglichst friedli-che Form des internationalen Klassenkampfes in Richtung der kapitalistischen Welt und der so-zialistische Internationalismus innerhalb der «so-zialistischen Gemeinschaft», welcher nach Bresch-news Rede am 12. November 1968 auf dem 5. Polnischen Parteikongress als Verkörperung der Breschnew-Doktrin bekannt wurde. Sie be-deutet die gemeinsame Verteidigung des Sozia-lismus durch alle sozialistischen Länder, wenn in einem von ihnen die «revolutionären Errun-genschaften» gefährdet werden. Durch die 1969 erfolgte gründliche Abänderung der gesamten Klassentheorie (die Intellektuellen des Westens seien nicht mehr eine Schicht des feindlichen Bürgertums, sondern in ihrer Mehrheit jene des Proletariats) wurden die letzten Hindernisse für eine offene Zusammenarbeit mit der intellek-tuellen und nichtintellektuellen linken ausserpar-lamentarischen Opposition des Westens beseitigt.

Innenpolitik

Nach einer weitgehenden *Dezentralisation* der *Wirtschaft* (1957 teilte Chruschtschew die So-wjetunion in 103 Industrierayons mit je einem Volkswirtschaftsrat an der Spitze), *der obersten Exekutive* (die Zahl der absolut zentralisierten Bundesministerien, deren Kompetenzen sich di-rekt auf die ganze UdSSR erstrecken, ging 1962 auf drei zurück; die übrigen wurden in relativ-zentralisierte Bundes- und Republikministerien umgewandelt, um das Riesenreich durch die ih-nen unterstellten je 15 Republikministerien zu regieren) und der *Legislative* (1957: die Union erlässt nur die Grundlagen der Gesetzgebung, die Gesetzbücher hingegen die Unionsrepublik) erfolgte sofort nach Chruschtschews Sturz im Oktober 1964 die Rezentralisierung auf den er-sterwähnten zwei Gebieten. Heute verfügt also nicht Aserbajdschan über seine Ölquellen, sondern direkt Moskau, was einer Rückkehr zum Neoko-lonialismus gleichkommt. Lediglich auf legisla-tiver Ebene wurde auf die Rezentralisierung ver-zichtet.

Partei

Sie wurde zu einer Massenorganisation mit 14,5 Millionen Mitgliedern (5,8 Prozent der Bevölke-rung). 1962, unter Chruschtschew, wurde auch sie dezentralisiert, in zwei «Parteien», in eine Bauern- und eine Arbeiterpartei, gespalten und als Hauptaufgabe mit Wirtschaft und Admini-stration betraut. Im Herbst 1964 wurde die Ein-heit hergestellt und als ihre Hauptaufgabe die politisch-ideologische Erziehung ausgerufen. Die Parteikompetenzen wurden aber zwischen 1961 und 1971 trotzdem ausgebaut. Die direkte Par-teikontrolle wurde 1961 auf die Handelsunter-nehmungen, 1966 auf die Kolchosen und alle mit der Wirtschaft direkt oder indirekt verbun-denen Forschungsstellen, 1971 auf die Schulen, die Ministerien, den Sowjetapparat, also auf alle Gebiete des Staats- und Wirtschaftslebens aus-gelehnt. 1961 wurden die territorialen Grundorga-nisationen in den Wohnbezirken eingeführt, um die Bevölkerung in der Freizeit zu erziehen und sie unter Kontrolle zu halten. Nach bescheide-nem Anfang funktionieren heute etwa ein Fünf-

tel aller Grundorganisationen in den Wohnbezir-ken. Die zentrale Führung hat sich auch auf Parteiebene gefestigt, deren äusseres Zeichen die Wiederherstellung der 1952 abgeschafften Bezeichnung des obersten Willensbildungsorga-nes der Partei, des ZK-Präsidiums, ist. Heute heisst es erneut Politbüro. Auch anstelle des Ersten ZK-Sekretärs trat erneut die Bezeich-nung «Generalsekretär», wodurch sich Breschnew in der Parteihierarchie eine Stellung sicherte, welche vorher nur Stalin innehatte. Während der Erste Sekretär (Chruschtschew) nur Primus inter pares war, steht der Generalsekretär (seit 1966) über dem ZK. Dadurch wurde natürlich auch die kollektive Führung geschwächt.

Justiz

Die bleibendsten Erfolge zeigen sich im Straf-recht und -verfahren. 1954 wurde die besondere KGB-Gerichtsbarkeit endgültig abgeschafft und dem KGB lediglich die Voruntersuchung bei sogenannten «staatsfeindlichen» Delikten und die Verwaltung von Gefängnissen und Arbeitsla-gern zugelassen. Am 25. Dezember 1958 ver-wirklichte Chruschtschew seine grösste Reform, jene der Justiz. Die alte Institution der Anklage wurde abgeschafft, und keine Handlung darf per analogiam auf Grund eines ähnlichen Tatbestan-des verurteilt werden. Der berüchtigte Arti-kel 828 der alten Strafprozessordnung (Wenn der Angeklagte gesteht, ist jegliches Beweisverfahren unnötig) wurde beseitigt, eine Strafe ausschliess-lich aufgrund der subjektiven Sozialgefährlich-keit verboten, die unmenschliche «lex Kirow» vom Dezember 1934, welche bei staatsfeindli-chen Delikten die Hauptverhandlung ohne An-wesenheit von Angeklagten, mit Ausschluss jeg-licher Verteidigung, Berufung und Gnade, sowie mit der allein verhängbaren Todesstrafe anord-nete, wurde aufgehoben. — Wenn auch 1961/62 die «Schmarotzerkase» wegen unvorstellbarer Verbreitung von Diebstahl, Spekulation und Nichtstuererei eine Verschärfung der Strafjustiz einführt, scheint die alte Stalinsche Strafjustiz nicht mehr hergestellt werden zu können. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigen-
verwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soich

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar +
Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank
Frankfurt a. M. 78-2409

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Hans Erp

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)